



**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Mediendienst

09.09.2013 – PM 72/2013

21. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

IG BAU will Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Berlin – Zum Auftakt des 21. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG BAU hieß Klaus Wiese­hügel die rund 300 Delegierten und eben so viele Gäste zum letzten Mal in seiner Funktion als IG BAU-Bundesvorsitzender herzlich Willkommen. Bei einer Regierungsbeteiligung der SPD nach der kommenden Bundestagswahl ist Wiese­hügel als Bundesarbeitsminister vorgesehen. Er tritt nicht zur Wiederwahl für sein IG BAU-Amt an. Mit besonderer Spannung erwarten die rund 300 000 Mitglieder der IG BAU deshalb die Wahl des neuen Bundesvorstands. Ausdrücklich begrüßte Wiese­hügel die vielen jungen Delegierten. Sie stellen erstmals knapp zehn Prozent der wahlberechtigten Vertreter. In seiner Eröffnungsrede betonte Wiese­hügel den aus IG BAU-Sicht dringend notwendigen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Das Thema faire Arbeit wird zwei Wochen vor der Bundestagswahl ein Schwerpunkt für den IG BAU-Gewerkschaftstag. Ausufernde Leiharbeit, missbräuchliche Werkverträge, das Unterlaufen von Mindestlohn und Befristungen beschäftigen die Mitglieder der IG BAU. Ebenso befasst sich der Gewerkschaftstag mit dem Risiko der Altersarmut. Dies betrifft gerade Arbeitnehmer in den Branchen der IG BAU. „Wir brauchen eine Politik, die dafür sorgt, dass unsere Kollegen eine Rente bekommen, die zum Leben reicht“, sagte Wiese­hügel.

DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach betonte in ihrem Grußwort, dass die Rentenpolitik gerechter gestaltet werden muss. Die derzeitige Ausweitung des Niedriglohnbereichs in Kombination mit Rentenkürzungen, führen dazu, dass das Geld für viele Menschen im Alter knapp werde. Erwerbsminderungsrentner erhielten im Durchschnitt schon jetzt kaum mehr als den Betrag der Grundsicherung. „Wie hier mit denjenigen umgegangen wird, die sich kaputtgeschuftet haben, ist ein

Skandal. Das muss sich schnellstens ändern“, sagte Buntenbach. Sie forderte ein realistisches Renteneintrittsalter, abgesicherten Übergang zwischen dem Ende der Erwerbstätigkeit und dem Beginn des Rentnerlebens sowie ein anständiges Rentenniveau. Buntenbach rief die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahmen eine Demografie-Reserve aufzubauen und die Beitragssenkungen bei der Rentenversicherung zu stoppen. „Wir wollen stabile Beiträge für sichere Renten“, sagte sie. Sonst drohe selbst Durchschnittsverdienern am Ende die Grundsicherung und den vielen die weniger als der Durchschnitt verdienen erst Recht.

Gegen Lohndrückerei machte sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, bei seiner Begrüßung der IG BAU-Delegierten in der Hauptstadt stark. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung der Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit. Diese „gibt es nur, wenn es dafür eine starke Lobby gibt. Daher sind Gewerkschaften und Betriebsräte unverzichtbar im Kampf für gerechte Arbeitsbedingungen und faire Löhne“, sagte Wowereit. „Ich unterstütze nachdrücklich die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, um der Subvention von Billiglohn durch Steuergelder Einhalt zu gebieten.“